

**10. Zur Medienpolitik der politischen Parteien  
nach 1945**

<u>Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>10. Zur Medienpolitik der politischen Parteien</u>	<u>Signatur</u>
1	1945.04.20	Brief der SPÖ an Körner wegen der Beschlagnahme von Vorwärts - Druckmaschinen	VGA Korr.ZS
2	1945.04.25	Brief der SPÖ an Körner wegen Freigabe des Vorwärts - Gebäudes	VGA Korr.ZS
3	1945.05.03	Brief von Renner an die SPÖ über Papierprobleme der Zeitungen	VGA Korr.ZS
4	1945.07.02	Protokoll des PV über die Herausgabe von Parteiblättern	Archiv d.SPÖ
5	1945.07.05	Brief des ÖVP-PD an die SPÖ mit der Bitte um eine überparteiliche Zusammenkunft und Antwort d.SPÖ	VGA Korr.ZS
6	1945.07.13	Brief von Jenschik an die SPÖ über die Lage am Zeitungsmarkt	VGA Korr.ZS
7	1945.07.23	Protokoll der Sitzung des Organisations-Komitees der SPÖ über die Zeitungsfrage	Archiv d.SPÖ
8	1945.08.02	Protokoll des PV über die Zeitungsfrage	Archiv d.SPÖ
9	1945.06.27	AV über Besprechung des politischen Kabinettsrates zur Parteipresse	KvVI K296
10	1945.08.03	Brief von Schärf an d. SPÖ über obige Besprechung	VGA Korr.ZS
11	1945.08.04	Brief v. Scharf an d. russ.Kommandantur mit d. Bitte um Genehmigung zur Herausgabe einer Zeitung	VGA Korr.ZS
12	1945.08.23	Protokoll des PV über Papier-Schwierigkeiten der Parteiblätter	Archiv d.SPÖ
13	1945.09.04	Brief von Speiser an die Wr.SPÖ über die Zensurbestimmungen bei Plakaten	VGA Korr.ZS
14	1946.07.01	Protokoll d. PV über Verlagswesen u.Zeitungsfragen	Archiv d.SPÖ
15	1948.08.19	Brief von Deutsch an Figl wegen der Bestellung einer Rotationsmaschine	KvVI K296
16	1949.10.13	Brief von Thaller an Schärf wegen organisatorischer Fragen des Rundfunks	Nachlaß Waldbrunner
17	1950.11.18	Protokoll d. Parteienverhandlung über Pressefragen	KvVI K296
18	1950.11.16	Brief von Hurdes an Figl mit Vorschlägen zu obiger Parteienverhandlung	KvVI K296
19	1951.01.30	Vereinbarung von Hurdes und Waldbrunner über die Austria-Wochenschau	Nachlaß Waldbrunner
20	1951.02.07	Brief von Kramer an Figl über eine verstärkte Intervention der ÖVP im Sender Rot-Weiß-Rot	KvVI K296
21	1951.02.07	Information v. Kramer an Figl über Verschlechterung der ÖVP-Position bei Zeitungen, Verlagen und APA	KvVI K296
22	1951.02.08	Protokoll von Parteienverhandlungen über Presse- und Informationspolitik	KvVI K296
23	1951.02.09	Brief von Schärf an Helmer über ein Presseabkommen zwischen ÖVP und SPÖ	Nachlaß Waldbrunner
24	1951.03.09	Protokoll v. Parteiverhandlungen über Pressefragen	KvVI K296
25- 27	1952.01.10 1952.02.25	Korrespondenz zwischen ÖVP und SPÖ über das Presseabkommen	Nachlaß Waldbrunner

1  
Wien, den 20. April 1945.

V  
An den Herrn  
Bürgermeister der Stadt Wien,  
General K ö r n e r .

Wie wir festgestellt haben, werden die Maschinen unserer Druck- und Verlagsanstalt "Vorwärts" von den Russen abtransportiert. Da sie für uns von allergrößter Bedeutung sind, müßte man versuchen durchzusetzen, einen weiteren Abtransport zu verhindern.

Ich bitte um dringende Intervention.

Sozialistische Partei Österreichs

---

Sozialistische Partei Österreichs  
(Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten)  
Wien I., Ebendorferstrasse 7.

Wien, am 25. April 1945.

An den

Herrn Bürgermeister der Stadt Wien, General Körner !

W i e n I.,  
Neues Rathaus.

Betrifft: "Vorwärts" Gebäude.

Wir bitten Sie, beim Stadtkommando vorzusprechen, damit das Eigentum der Sozialistischen Partei Österreichs, das "Vorwärts" Gebäude Wien V., Rechte Wienzeile, für uns als die rechtmässigen Eigentümer freigegeben wird.

Es sind verschiedene Druckereien in Wien die vollständig intakt sind und die das Stadtkommando verwenden könnte.

Ausserdem sind wir selbstverständlich bereit, in dieser Druckerei für den Stadtkommandanten alle erforderlichen Drucksorten herzustellen.

Das Wichtigste für uns wäre, dass wir unser Sekretariat, das sich im "Vorwärts" Gebäude befunden hat, wieder beziehen können.

Es würde bestimmt einen guten Eindruck auf die Arbeiterschaft Wien machen, wenn uns dieses Sekretariat wieder zur Verfügung gestellt werden würde.

Für die  
Sozialistische Partei Österreichs:



1 Ex. Korrespondenz m. Behörden  
1 " Tagekopien

## REPUBLIC ÖSTERREICH

STAATSKANZLEI  
INNERE ANGELEGENHEITEN  
Der Staatskanzler

Wien, 3. Mai 1945.

Werte Genossen !

Die falsche Bezeichnung "Sozialrevolutionäre" wird in  
Hinkunft ausgemerzt.

Was die Parteizeitung betrifft, so wird selbstverständlich  
die Partei in erster Linie den Anspruch auf Wiederherstellung der  
Arbeiterzeitung haben. Ich bemerke aber schon jetzt, dass das Rota-  
tionspapier, das wir erzeugen, grösstenteils als Zahlungsmittel für  
ungarische Lebensmittel Verwendung finden wird und dass in Bezug auf  
Bewilligung der Zeitung und deren Umfang die Rücksicht auf dieses  
Bedürfnis den grössten Einfluss haben wird. Die journalistische Welt  
wird durch die Einengung des Zeitungsbetriebes sehr unglücklich sein,  
aber ich sehe keine Möglichkeit, dem Zeitungswesen viel Raum zu ge-  
ben.

Freundschaft !

Der Staatskanzler:



An die

Sozialistische Partei Österreichs  
(Sozialdemokraten und Revolutionäre  
Sozialisten)

W i e n .

Wien, 2. Mai 1945.

Herrn Staatskanzler Dr. Karl R e n n e r,  
W i e n l., Parlament.

Sehr geehrter Genosse !

In der Regierungserklärung (Kundmachung III) werden unter den antifaschistischen Parteirichtungen, die sich zur Einsetzung einer provisorischen Staatsregierung zusammengefunden haben, auch "Sozialrevolutionäre" angeführt. Da es sich hier wohl nur um die "Revolutionären Sozialisten" handeln kann und der Ausdruck Sozialrevolutionäre unser Verhältnis zu den Besatzungsbehörden und zur Kommunistischen Partei Österreichs nachteilig beeinflussen könnte, möchten wir Sie auf den vorliegenden Irrtum aufmerksam machen.

Mit sozialistischem Gruss:

K

TK

A

Wien, 2. Mai 1945.

Herrn Staatskanzler Dr. Karl R e n n e r,  
W i e n l., Parlament.

Sehr geehrter Genosse !

Als stärkste Regierungspartei sind wir an der Herausgabe einer eigenen Partei-Zeitung brennend interessiert. Da bisher vom Stadtkommandanten nur eine einzige Zeitung freigegeben wurde, ersuchen wir Sie, die erforderlichen Schritte beim Stadtkommandanten zu unternehmen und uns die Genehmigung für die Herausgabe einer Partei-Zeitung zu erwirken.

Mitsozialistischem Gruss

TK

Protokoll über die Sitzung des provisorischen  
Partei Vorstandes in Wien am 2. Juli 1945.

Vorsitz: Gen. Seitz

Anwesend: vom Parteivorstand -	Gen. Afritsch
	" Böhm
	" Hackenberg
	" Helmer
	" Körner
	" Krones
	" Maisel
	" Proft / Pogg
	" Schärf
	" Scharf
	" Slavik
	" Speiser
von der Kontrolle -	Gen. Honay
	" Schneidmahl
	" Weber
	" Widmayer
als Gäste (Regierung)	Gen. Enslain
	" Scheffenegger
	" Waldbrunner
	" Winterer.

- Tagesordnung:
- 1) Presse
  - 2) Prüfungsausschuß
  - 3) Organisationsstatut
  - 4) Finanzen
  - 5) Sozial-Versicherung
  - 6) Nazi-Frage
  - 7) Erziehungs-u. Schularbeit/ Kinderfreunde
  - 8) Sekretariats-Berichte und Eventuelles.

I. Presse.

Gen. Schärf berichtet über die Vereinbarung der drei Parteien wegen Herausgabe von Parteiblättern und über die Versuche, hierfür die Zustimmung der besetzenden Behörde zu verlangen. Danach soll die

- S.P.Ö. den Vorwärts-Verlag
- K.P.Ö. den Steyrermühl-Verlag (Fleischmarkt, und Gumpendorferstraße)
- Ö.V.P. den Herold-Dürer-Verlag,

erhalten.

Die Zeitung "Neues Österreich" soll weiter als überparteiliches Blatt und als einzige Montag-Zeitung bestehen bleiben.

Es ist ein Presse-Komitee aus Vertretern der drei Parteien gebildet worden (Vertreter der S.P.Ö. - Gen. Schärf), welches folgenden Aufgabenkreis hat:

1. Verhandlungen mit den Behörden,
2. Papier-Verteilung,
3. Hintanhaltung von Presseexzessen der drei Parteien gegeneinander,
4. Organisation des Zustelldienstes in die Provinz.

Im Namen des Organisationskomitees schlägt Gen. Schärf für die Arbeiter-Zeitung folgende Redaktion und Verwaltung vor:

Redaktion: Gen. Schneidmadr - Chefredakteur  
als Platzhalter für Gen. Oskar Pollak  
Gen. Hubalek - Stellvertreter.

Verwaltung: Gen. Jenschik und Gen. Cisehek.

Gen. Böhm bittet in Anbetracht der geringen Papiervorräte um Berücksichtigung der Gewerkschaftspresse bei der Papierverteilung.

Gen. Scheffeneßger: Grundsätzlich gilt das zuletzt bestehende Pressegesetz (1933).

Zwischen den Genossen Hackenberg, Schärf und Scheffeneßger entspinnt sich eine Diskussion über das "Berichtigungswesen".

Gen. Schärf erinnert daran, daß wir früher im Rahmen des Parteisekretariats eine eigene Berichtigungsstelle hatten, die sich bewährte.

Gen. Schneidmadr rollt erneut die Frage Großes oder Kleines Blatt - "Arbeiter Zeitung" oder "Kleines Blatt" auf. Die Ö.V.P. bringt ein Blatt in Kleinformat heraus, wegen der Verteilung am Lande. Schneidmadr gibt zu bemerken, daß eine Kleinformat Zeitung leichter zu vertreiben ist.

Gen. Widmayer: Eine Papierersparnis ist nicht gegeben. Bei den durch die Papierbeschränkungen sicherlich erzwungenen kleinen Auflagen, gibt es heute kein Absatz-Problem.

Als große politische Partei können wir nicht mit einem "Kleinen Blatt" allein herauskommen.

Gen. Popp: Laut Parteien-Vereinbarung darf jede Partei nur ein einziges Blatt herausbringen. Eine große und eine kleine Zeitung können wir somit heute nicht schaffen. Wenn wir vor die Wahl gestellt sind, können wir als politische Partei, die ein Führungsorgan dringend benötigt, nur zur "Arbeiter Zeitung" greifen.

Antrag und Abstimmg. Beschluß: Der Vorsitzende läßt abstimmen über die Frage der Schaffung eines Blattes in Groß- oder Kleinformat. Der Parteivorstand entscheidet sich in überwiegender Mehrheit mit drei Gegenstimmen für das Großformat und somit für die "Arbeiter Zeitung".

Gen. Waldbrunner: Anfrage, ob Verhandlungen hinsichtlich der Druckereien schon abgeschlossen, da für Steyrermühl ein Kommunist als Verwalter zur Bestätigung vorgeschlagen.

Gen. Schärf teilt mit, daß die Zustimmung der Besatzungsbehörde noch fehlt; es ist aber klar gestellt, daß die K.P. zustimmenden Falles die Steyrermühl erhält. Die Eigentumsfragen sind ungeklärt; es kommen somit nur Druckverträge in Frage und jede Partei setzt für den ihr zu gewiesenen Betrieb ihre Verwalter ein.

## II. Prüfungsausschuß.

Gen. Afritsch berichtet über die Diskussion, die der Entwurf "Aufnahmeverfahren zur Parteimitgliedschaft und Rehabilitierung" bei der letzten Sitzung des Wiener-Ausschusses ausgelöst hat. Vom Wiener-Ausschuß wurden folgende Abänderungs-Anträge gestellt.

Punkt 2) Aufnahmeverfahren (unter 1, zweiter Satz)

Der Prüfungsausschuß der Lokal-Organisation oder Sektion überprüft die Richtigkeit .....

Die unterstrichenen Worte sind eine Neueinfügung.

(Unter 2.): Der Text soll neu lauten:

"Die behandelten Fragebögen sind an die Bezirksleitungen weiterzuleiten. Ablehnungen sind mit der entsprechenden Begründung zu versehen. Die Bezirks-OrG. überprüft die Fragebögen und leitet im Falle des Einspruches des Abgewiesenen die Ablehnung an die Landesorganisation weiter. Die Entscheidung ist endgültig."

Der im ersten Entwurf vorgesehene Text entfällt.

Punkt 3) Rehabilitierung (unter b, dritter Satz)

....Nach Abschluß des Verfahrens ist das gesamte Material der zuständigen Landes-OrG. (für Wien - Wienerausschuß) oder der Bezirksleitung zu übermitteln.

Die unterstrichenen Worte sind eine Neueinfügung.

Punkt d, wurde stark angegriffen und die Streichung beantragt.

PRESSEDIENST  
DER  
ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI  
WIEN I, FALKESTRASSE 1-3

WIEN, den 5. Juli 1945.

ZCH. 4-Bl. 1057

An den  
Presse- und Propagandaleiter  
der Sozialistischen Partei Österreichs,  
Etendorferstrasse 7,  
Wien I.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Da ich der Meinung bin und dieser Meinung auch in jeder Versammlung Ausdruck gegeben habe, dass wir nicht mehr in einer Zeit leben, in der Parteienhass und Parteienhader das Gegebene sind, sondern ein unter intelligenten Menschen üblicher Wettbewerb unter den Parteien vorherrschen soll, würde ich Wert darauf legen, mit Ihnen gelegentlich eine überparteiliche Zusammenkunft zur Besprechung rein beruflicher Fragen unseres Ressorts haben zu können. Ich freue mich ausserordentlich bei dieser Gelegenheit mit Ihnen Bekanntschaft machen zu dürfen und bitte Sie die Liebenswürdigkeit zu haben, mir Ort, Tag und Stunde, zu welchen Sie diese Zusammenkunft wünschen, bekannt zu geben.

Ich sehe dieser Zusammenkunft mit viel Vergnügen entgegen und verbleibe Ihre Antwort erwartens

Ihr ergebener

*Handwritten initials*

*Handwritten signature*  
Propagandienst

Österreichische Volkspartei

9.7.45

S/Mt.

XXXXXXXXXX  
Löwelstr.18

An den  
Leiter des  
Presseendienstes der Ö.V.P.

W i e n I.,  
Fulkestr.1-3

Sir nehmen Ihre uns am 5. des Mts. Gemachte Anfrage zu einer  
überparteilichen Aussprache gerne an und schließen ihnen vor,  
diese am 12.7. um 9 Uhr vormittags im Zentral-Sekretariat der SPÖ  
Wien I., Löwelstr.18, durchzuführen.

1126

An das

Herausgeberkomitee.

Werte Genossen !

Von autoritativer Seite habe ich gestern erfahren, dass der "Herold" Verlag (Strozsigasse) der Ö.V.P. ein Kleinformat-Blatt herausgeben wird. Die Gründe dafür sind:

1. Dass ein grosses Parteiblatt inhaltlich Format haben und

2. der Inhalt parteirichtungsgebend sein muss,

was offenbar nach Ansicht der Herausgeber heute nicht zeitgemäss ist.

Auf meine Frage, ob "Das Kleine Volksblatt" oder die "Kronen Zeitung" heraus kommt, gab mir mein Bekannter keine Antwort. Als ich ihm sagte, dass ich gehört habe, dass die "Kronen Zeitung" von der K.P.Ö. herausgegeben wird, meinte er, dass das nicht der Fall sein kann, denn diese Zeitung ist Eigentum des "Herold" - Verlages.

Ich vermute, dass die "Kronen Zeitung" für die Ö.V.P. erscheinen wird, weil das die Zeitung war, die in der Wiener Bevölkerung eine grosse Verbreitung hatte.

"Das Kleine Volksblatt" hatte in seiner besten Zeit eine Druckauflage von 80.000, mit welcher eine kleine Zeitung gerade wirtschaftlich durchkommt. Anklang hatte "Das Kleine Volksblatt" wenig.

Wenn die zwei Parteien, was jetzt offenkundig ist, mit einem kleinen Blatt, in welchem man auch einfacher schreiben kann, herauskommen, dann kommt unsere Partei, was Verbreitung der Zeitung anlangt, ins Hintertreffen.

Darauf aufmerksam zu machen, halte ich für meine Pflicht.

Mit Parteigruss

Anton J e n s c h i k .

7

H. Scherf

Sitzung des Organisations-Komitees am 23.7.45

---

Anwesend: Gen. Hackenberg, Krones, Popp, Scharf.-  
zeitweise; Gen. Helmer, Rauscher, Schneidmadi.

Der Jugend-Ausschuss hat dem Organisations-Komitee seine Funktionäre-Bestellung vorgelegt. Die Liste wird durchbesprochen. Für N.Oe. ist Gen. Fischer vorgeschlagen. Es ist notwendig, dass er sich baldmöglichst mit Gen. Helmer in Verbindung setzt.

Gen. Helmer teilt mit, dass am 13.8. um 9.30 Uhr vormittags im Verbandheim in der Königsegg die erste Landes-Konferenz für N.Oe. stattfinden wird. Gen. Renner wird dort reden. Der PV erhält hierzu Einladungen.

Es wird nochmals der Fall Bodinger besprochen. Nach den Erkundigungen erscheint auch die Wohnungsangelegenheit in anderem Licht. Es wird noch festzustellen sein, welche Bewandnis es mit der Angebering, der Frau Moser hat. Gen. Hackenberg wird diesbezüglich Erkundigungen einziehen.

Es wird nach reiflicher Erwägung beschlossen, Gen. Bodinger mitzuteilen, dass die gegen ihm vorgebrachten Anschuldigungen sich als so wenig fundiert erwiesen haben, dass es nicht nötig ist, den Rehabilitierungsausschuss damit zu befassen.

N.Oe. hat den vereinfachten Fragebogen vorgelegt, der gut geheissen wird.

Gen. Helmer berichtet über den neuen Stand in der Zeitungs-Frage. Es wird nun doch raschestens zur Herausgabe der Parteiblätter kommen. Die Rote Armee selbst will mit der Bewilligung der Zeitungen politische Fakten schaffen, ehe die Alliierten Fuss gefasst haben. Die Vorbereitungen sind deshalb raschestens durchzuführen. Gen. Helmer, der Gen. Scharf in der Dreier-Kommission vertritt, soll baldmöglichst eine Parteien-Besprechung herbeiführen. Hierbei soll darauf gesichtet werden, dass möglichst alle drei Parteien diegleiche Auflage-Ziffer nennen. Der Fragebogen wird durchbesprochen. Nach dem sich Gen. Schneidmadi mit Gen. Scharf in Verbindung gesetzt hat wird beschlossen, als verantwortlichen Redakteur Gen. Hubalek zu nennen. Chef-Redakteur ist Gen. Schneidmadi. Gen. Scharf wird beauftragt, unverzüglich ein Herausgeber-Komitee unter Zuziehung der Gen. Jenschik und Cisehek zu organisieren.

Es wird neuerlich der Fall Pav besprochen und, da die Angelegenheit nun drängt, beantragt, sofort ein Ehrengericht für Pav einzuberufen. Die Vorschläge für das Ehrengericht lauten:

Vorsitz: Gen. Honay, oder Gen. Speiser, - Beisitzer: Gen. Popp, Gen. Hackenberg.

Gen. Helmer berichtet über die letzte Sitzung der Staatsregierung und bringt einen ausführlichen Bericht über die Lage in den westlichen Ländern zu Verlesung, den Gen. Renner von einem persönlich Beauftragten erhalten hat.

Gen. Rauscher wird aufgefordert, seinerseits zu dem Bericht Stellung zu nehmen, und die Situation zu beleuchten. Gen. Rauscher gibt einen umfassenden und hochinteressanten Bericht über die Arbeit der SP und der Gewerkschaften vor allem in Salzburg, aber auch in Tirol.

8  
Popp

Sitzung des Parteivorstandes am 2.1.45

Vorsitz: zeitweise Gen. Leitz  
zeitweise Gen. Helmer

Anwesend für Gen Parteivorstand:

Gen. Afritsch

Böhm

Hankenberg

Körner

Krones

Popp

Proft

Scharf

Slavik

Speiser

Strasser

für die Kontrolle

Hony

Weber

Reuscher

Widmayer

Schneidmahl

T a g e s o r d n u n g .

1. Ungarischer Parteitag
2. Presse
3. Aktionsgemeinschaft mit der K.P. Ge.

I. Ungarischer Parteitag.

Antrag

Gen. Popp schlägt als Delegation für den ungarischen Parteitag die Gen. Scharf, Honey und Scharf vor.

Beschluss:

Einstimmig angenommen.

II. Presse-

Gen. Schneidmahl berichtet über neuauftauchende Schwierigkeiten bei der Papierbeistellung, die das Herauskommen der Parteien-Zeitungen für S.B. in Frage stellen. Weiters berichtet Gen. Schneidmahl, über eine vorbereitete Deklaration der drei Parteien bezüglich eines Nichtangriffspaktes.

Der Entwurf wird dem PV noch vorgelegt werden.

Gen. Helmer teilt mit, dass neuerlich die Eigentumsfrage an der Zeitung aus "Neues Oesterreich" aufgerollt wurde. Seinerzeit sind alle drei Parteien eingeladen worden, Mitigentümer zu werden. Gen. Scharf hat damals im Namen der S.P.G. abgelehnt, weil man befürchten musste, dass dies ein Hindernis für unsere Ansprüche bezüglich eines eigenen Parteiblattes bilden könnte. Zur Zeit ist das Neue Oesterreich eine Angelegenheit der Redakteure und verfügt über beträchtliche Geldmittel. Wir sind nun neuerlich eingeladen worden, uns an dem Blatt zu beteiligen und Gen. Helmer schlägt vor, anzunehmen. Wenn wir als Mitigentümer am Blatte im Handelsregister eingetragen sind, dann können wir wohl auch Einfluss darauf gewinnen. Jedenfalls verhindern wir damit, dass im Neuen Oesterreich eine gegen uns gerichtete Politik gemacht wird.

Antrag:

Beschluss: Einstimmig angenommen. Das Partei-Sekretariat soll sich mit der Redaktion der Zeitschrift Neues Oesterreich bezüglich des Eintrittes in die Ges. u. b. H. in Verbindung setzen.

Gen. Schneidmahl berichtet, dass ein Teil des "Vorwärts" von den Engländern beschlagnahmt ist. Das Verhältnis ist jedoch freundschaftlich. Wir werden absolut nicht gestört und es wurde uns sogar zugesagt, uns im Nachrichtendienst zu unterstützen. Es wird auch erwogen, ein Abonnement bei dem in Bildung begriffenen amtlichen Nachrichtendienst, welches ca. RM 1000 pro Monat kostet, zu nehmen.

Gen. Schneidmahl legt dem PV die Liste der Hauptamtlichen Redakteure wie folgt vor:

Antrag:

Chefredakteur Schneidmahl,  
Stellvertreter und verantwortl. Redakteur Hubalek  
Übrige Redakteure: Binek, Pav, Hollborn, Mackart,  
Plachy  
Redaktions-Sekretär: Philipp

Beschluss: Die vorgelegte Liste wird genehmigt.

**Antrag:** Die Gen. Schneidmadd und Helmer besprechen weiters den Inseratentarif und die Besoldung der Redakteure, sowie des Redaktionspersonals. Selbstverständlich sollen alle Dienstverhältnisse auf Grund des Angestelltengesetzes mit 3 monatiger Probezeit abgeschlossen werden. Die Gehaltssätze sollen im übrigen auch noch mit dem Gewerkschaftsbund besprochen werden. Nach Vereinbarung mit der Gewerkschaft soll Gen. Schneidmadd ermächtigt werden, die Beträge flüssig zu machen.

**Beschluss:** Der PV erklärt sich einverstanden.

**Antrag:** Gen. Scharf legt dem PV ein Schreiben des Vorwärts vor, in welchem der Antrag auf Gründung einer "Sozialistischen Verlags-Ges.m.b.H." welche Eigentümerin der "Arbeiter-Zeitung" der Öffentlichkeit gegenüber sein soll, gestellt wird.

Gesellschafter der Ges.m.b.H. sollen die Mitglieder des Herausgeber-Komitees und zwar: die Gen. Scharf, Helmer, Speiser, Praft, Scharf, Stegu, sein.

Der Vorschlag ist bereits mit Gen. Scharf besprochen worden. Er hält ihn für richtig und hat geraten, dass niedrigste zulässige Gesellschaftskapital mit RM 20.000 festzusetzen. Die Beträge sind nicht einzuzahlen.

**Beschluss:** Einstimmig angenommen.

**Beschluss:** Gen. Afritech hat den ersten Abzug der A-Z. gesehen und gibt der Meinung Ausdruck, dass der Aufruf in der ersten Nummer unsere Parteiblattes nicht von der Redaktion, sondern vom PV sein müsste. Der Aufruf wird von Gen. Schneidmadd verlesen; es wird beschlossen, ihn zu belassen wie er ist, jedoch vom PV aus zu zeichnen.

**Beschluss:** Gen. Leitz wird in das Herausgeber-Komitee der A-Z. als Parteivorsitzender aufgenommen.

### III. Aktionsgemeinschaft mit der K...e.

Gen. Scharf legt dem PV die im Organisations-Komitee durchbesprochene Formulierung des Antrages an die K...e vor; er beantragt, seinem Vorschlage auf Bildung einer terminisierten und auf 6 Punkte beschränkten Aktionsgemeinschaft laut Beilage zuzustimmen.

Gen. Scharf berichtet weiters, dass sein Antrag mit Gen. Scharf durchbesprochen wurde. Gen. Scharf hat eine Reihe von Abänderungen vorgeschlagen. (Siehe Beilage)

G. Speiser spricht sich gegen die Bildung einer Aktionsgemeinschaft aus, weist auf bevorstehende Wahlen hin. Unser wichtigstes Ziel müsse sein, aus ihnen als die stärkste oder doch eine ganz starke Partei hervorzugehen. Die Bildung einer Aktionsgemeinschaft könnte uns hunderttausende Stimmen kosten. Auch wenn die K...e ablehnen würde, hätte jeder Wähler das Empfinden, dass wir den Antrag gestellt und zu einer engeren Bindung bereit sind.

./.

0

K. VI

O. J.

9

In einer Besprechung des Politischen Kabinettsrates über die Herausgabe der Parteipresse (veröffentlicht in der "Volksstimme" vom 5. August 1945) wurde zwischen den drei im Kabinetts vertretenen Parteien grundsätzlich vereinbart: 1. die politische Grundhaltung und Tendenz der <sup>Partei</sup> Tageszeitungen auf die positive Zusammenarbeit, Schicksalsverbundenheit und das gemeinsame Aufbauprogramm abzustellen; 2. in allen Fällen, wo sich in grundsätzlichen, sachlichen und taktischen Fragen Verschiedenheiten in der Auffassung zwischen den Parteien ergeben, die Stellungnahme unter Voranstellung des gemeinsamen Aufbauwillens bei aller Eindeutigkeit notwendiger Klarstellung rein sachlich zu führen und die sich daraus ergebende Polemik in Inhalt und Ton auf diesem Niveau zu halten; 3. jede persönliche Polemik, vor allem aber eine solche, die ins Privatleben eingreift, soweit ihr nicht strafbare kriminelle Handlungen zugrunde liegen, zu vermeiden.

Der Polit. Kabinettsrat beschließt

Eng. <sup>11</sup> Stempeldatum 27.6.1945  
 3.8.45 Auf Schöpf-170 für bei (7)

10  
Wien, 3. August 1945

An den

Vorstand der sozialistischen Partei  
Oesterreichs,

W i e n , I.,  
-----  
Löwelstrasse 18

Werte Genossen!

Am 27.6. fand eine Besprechung des politischen Kabinettsrates über die Parteipresse statt. Damals wurde die Gründung der politischen Tageszeitungen beschlossen und ein Dreierkomitee eingesetzt, dem für uns ich zugezogen wurde. Während meiner Krankheit hat dann dieses Komitee ohne mich getagt, wobei Genosse Helmer mich vertreten hat. Dieses Komitee hat dann im Sinne des Gründungsbeschlusses einen Beschluss über eine Art Zeitungsburgfriedens gefasst, der folgenden Wortlaut hat.

" Die drei Parteien vereinbaren:

- 1.) Die politische Grundhaltung und Tendenz der von ihnen herausgegebenen Tages-Zeitungen auf die positive Zusammenarbeit, Schicksalsverbundenheit und das gemeinsame Aufbauprogramm abzustellen,
- 2.) in allen Fällen, wo sich in grundsätzlichen, sachlichen oder taktischen Fragen Verschiedenheiten in der Auffassung zwischen den Parteien ergeben, die Stellungnahme unter Voranstellung des gemeinsamen Aufbauwillens bei aller Eindeutigkeit notwendiger Klarstellung rein sachlich zu führen und die sich darauf ergebende Polemik in Inhalt und Ton auf diesem Niveau zu halten,
- 3.) jede persönliche Polemik, vor allem aber eine solche, die ins Privatleben eingreift, soweit ihr nicht strafbare, kriminelle Handlungen zugrunde liegen, zu vermeiden.

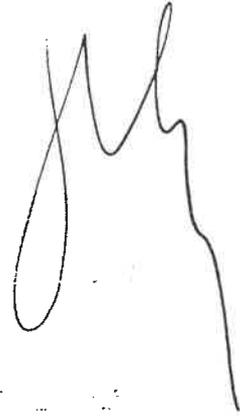
Diese Vereinbarung gilt für die Dauer der derzeitigen Zusammensetzung der Staatsregierung abgeschlossen und erlischt mit jeder Um- oder Neubildung der Regierung."

Diese Vereinbarung wurde gestern ~~in den politischen~~  
Kabinettsrat gebracht und dort zur Kenntnis genommen.

Ich halte die Sache für derart, dass es etwas Selbstver-  
ständliches ist, dass der Parteivorstand, und natürlich  
die Redaktion des Blattes, davon in Kenntnis gesetzt werden  
muss.

Mit besten Grüßen

an die Redaktion  
der Arbeiter-Zeitung für  
4/8.45 G.



4.8.45

S/Mt.

XXXXXXXXXXXXX  
Löwelstr.18

An den  
Stadtkommandanten von Wien  
Generalleutnant  
B l a g o d a t o w

W i e n

Wir bitten um die Genehmigung zur Herausgabe einer Tageszeitung, die unter dem Titel

"A r b e i t e r - Z e i t u n g"  
Zentralorgan der Sozialistischen Partei Oesterreichs, ab 5. August täglich (mit Ausnahme von Montag) erscheint.

Chefredakteur ist Staatssekretär Heinrich Schneidmaßl,  
stellvertretender Redakteur : Felix Hübalek,  
verantwortlicher Redakteur : Felix Hübalek,  
sonstige Redakteure: Josef Pav  
Otto Hollborn.

Das Zensorexemplar wird täglich um 23 Uhr Moskauer Zeit  
( 21 Uhr Wiener Zeit) vorgelegt.

Die Auflage ist 100.000 Exemplare und 4 Seiten normales  
Zeitungsformat.

Druckort: Druck- u. Verlagsanstalt "Vorwärts", Wien V.,  
Rechte Wienzeile 17.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sozialistischer  
Partei Verlag Ges.m.b.H.

Zweck der Zeitung: Nachrichten-Verbreitung, Beurteilung und  
Beleuchtung der Tages-Ereignisse im allgemeinen vom antifaschistisch,  
demokratischen Standpunkt, im besonderen vom politischen Standpunkt  
der S.S.Ce.

1135

Den Redakteuren der Arbeiter-Zeitung zur Kenntnisnahme.  
-----

Das Dreier-Komitee zur Herausgabe der politischen Tages-Zeitungen als Vertretung der drei Parteien hat folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die politische Grundhaltung und Tendenz der von den drei Parteien herausgegebenen Tages-Zeitungen wird auf die positive Zusammenarbeit, Schicksalsverbundenheit und das gemeinsame Aufbau-Programm abgestellt.
2. In allen Fällen, wo es sich in grundsätzlichen, sachlichen oder taktischen Fragen Verschiedenheiten in der Auffassung zwischen den Parteien ergeben, wird die Teilungnahme unter Voranstellung des gemeinsamen Aufbauwillens bei aller Eindeutigkeit notwendiger Klarstellung rein sachlich geführt und die sich daraus ergebende Polemik in Inhalt und Ton auf diesem Niveau gehalten.
3. Jede persönliche Polemik, vor allem aber eine solche, die ins Privatleben eingreift, soweit ihr nicht strafbare kriminelle Handlungen zugrunde liegen, ist zu vermeiden.

Diese Vereinbarung wurde im politischen Kabinetttag vorgebracht und dort zur Kenntnis genommen.

*Kopp*

Sitzung des Parteivorstandes am 23. August 1945

Vorsatz: zeitweise Gen. Seitz,  
" " Gen. Helmer  
" " Gen. Speiser

Anwesend: vpm Parteivorstand

- Gen. Afritsch
- " Hackenberg
- " Irones
- " Körner
- " Popp
- " Proft
- " Scharf
- " Slavik
- " Speiser
- " Strasser

von der Kontrolle:

- Gen. Honay
- " Schmidmaier
- " Vahr
- " Widmayer

Tagesordnung:

- I. Aungebung zum 1. Sept. 45
- II. Arbeiter-Zeitung
- III. Gen. Dr. Scheffenegger (Ehren-Gericht)
- IV. Sekretariats-Berichte.

./.

trag:

Gen. Krones stellt den Antrag, da die SPOe mit der Begrüssung insgesamt 2 Redner stellen kann, als Parteirednerin eine Frau und zwar die Gen. Proft zu wählen. Für eine Friedenskundgebung sei eine Frau doch besonders geeignet; überdies würde dies der grossen Mehrzahl an Frauen entsprechen.

In der Diskussion wird festgestellt, dass die Idee, eine Frau redner zu lassen, ausserordentlich viel auf sich habe.

Gen. Popp ist der Meinung, dass es sich nicht wird machen lassen, da ausdrücklich die drei Redner des politischen Kabinetts bestimmt seien.

Gen. Honay schlägt vor, der Gen. Proft die Begrüssung zu übertragen, womit Gen. Speiser auch einverstanden wäre. Dies entspricht jedoch nicht dem Sinn des Antrages Krones. Die Begrüssungsrede soll unbedingt vom Obmann der Wiener-Organisation vorgenommen werden.

Beschluss: Es ist zu versuchen, dass Gen. Renner als Staatskanzler für alle drei Parteien sprechen und dass als Mitglied des politischen Kabinetts und somit Redner der SPOe formal Gen. Scharf nominiert werden soll, der aus Krankheitsgründen durch die Gen. Proft zu ersetzen sei. Dies soll auf alle Fälle versucht werden.

II. Arbeiter - Zeitung.

Es wird festgestellt, dass neuerlich Papier-Schwierigkeiten aufgetaucht seien. Es ist auch eine Aenderung in der Zulassung eingetreten. Bisher konnte die Staatskanzlei, das Ministerium für Volksaufklärung, das Ministerium für Inneres (Polizei) Genehmigungen geben, wogegen jetzt nur der Verband der Zeitungsverleger über Herausgabe von Blättern entscheiden soll. Ebenfalls sollen jetzt alle Ankünderzeitungen mit Ausnahme eines Ankünder für den Staat und eines Ankünder für die Gemeinde verboten werden. Es ist wichtig darauf zu achten, dass die übrigen Parteien sich nicht durch Blätter für Neben-Organisationen in den Besitz von mehreren politischen Organen setzen können. Dies ist durch die Bewilligung uns Herausgabe des Bauernbündlers bei der OeVP bereits geschehen und wir haben sofort unsere Ansprüche geltend gemacht, indem wir ein Organ für den Arbeits-Bauernbund gefordert haben. Die OeVP plant jetzt auch noch ein Gewerbeblatt anzumelden; auch dem muss sofort entgegengetreten werden.

Gen. Helmer regt an, dass das Herausgeber-Komitee der Arbeiter-Zeitung baldigst zu einer Sitzung zusammengerufen werde.

Gen. Scharf soll es übernehmen, das Herausgeber-Komitee für Montag den 27.8. 9 Uhr zusammenzurufen.

Gen. Scharf bringt zur Kenntnis, dass in der Führung der Arbeiter-Zeitung ein latenter Kriegszustand herrscht, der nicht zum Wohle der Zeitung ausschlägt, wie man an der Zeitung selbst feststellen kann. Gen. Scharf gibt einen kurzen Ueberblick über die ihm zur Kenntnis gekommenen Misstände und beantragt, dass nochmals festzustellen sei, dass Gen. Hubalek vom PV als stellvertretender Chefredakteur und politischer Redakteur eingesetzt wurde, dass ihm damit unbedingt das Mitsprache recht in der Gestaltung der Zeitung zugestanden sei und in der Tat nun auch gewährt werden müsse.

Gen. Scharf beantragt weiters, dass in der AZ täglich Redaktions-Sitzungen zwischen Gen. Schmidmahl und Gen. Hubalek abgehalten werden müssen.

Antrag

In der Diskussion werden folgende Punkte besonders herausgestellt:

Gen. Seitz ist der Meinung, dass es eine Gleichstellung zwischen Chefredakteur und stellv. Chefredakteur doch nicht geben könnte. Er steht jedoch auf dem Standpunkt, dass Redaktionskonferenzen zwischen dem Chefredakteur und dem politischen Redakteur eine unbedingte Notwendigkeit sind.

Gen. Afritsch erörtert den Fall Januschka. Obwohl Januschka als belastet und untragbar angesehen werden muss und dem PV niemals zur Mitarbeit in der Arbeiter-Zeitung vorgeschlagen wurde, ist Januschka von Gen. Schmidmahl in Verwendung genommen und sogar als Vertreter der AZ zum Niederöstr. Landesparteitag entsandt worden.

Gen. Krones bringt dem PV die Meinung der Bezirke über die AZ zur Kenntnis. Man ist mit dem Versuch, eine Kreuzung AZ - Kleines Blatt - zu schaffen durchwegs unzufrieden. Es werden dadurch beide Interessenten-Gruppen unbefriedigt belassen. Weiters wird die Artikel-Serie des Gen. Dr. Scheffenegger, die in der breiten Partei-Oeffentlichkeit Unzufriedenheit und Ablehnung erweckt habe, besprochen.

**Antrag** Es wird beantragt, die Debatte über die Führung der AZ Montag den 27. 15 Uhr abzuwickeln. Hierzu sollen die Gen. Schmidmahl und Hubelek eingeladen werden.

**Beschluss:** Angenommen.

### III. Gen. Dr. Scheffenegger (Ehrengericht.)

**Antrag  
und  
Beschluss:**

Im Zusammenhang mit der Debatte über die Artikel-Serie des Gen. Dr. Scheffenegger in der Arbeiter-Zeitung und der Frage, ob dies in seiner Gegenwart oder Abwesenheit zu erörtern ist, bringt Gen. Haackenberg dem PV eine Angelegenheit zur Kenntnis, die die Einsetzung eines Ehrenrichtes gegen Gen. Dr. Scheffenegger nötig macht. Es wird festgestellt, dass der Fall vollkommen klar liegt und nur überlegt zu werden braucht, ob das Gegebene in dem Falle ein Schiedsgericht oder ein Ehrengericht sei. Der PV entscheidet sich für ein Ehrengericht. Es werden hierfür verschiedene Vorschläge gemacht und zwar: Gen. Spiser - einstimmig angenommen, Gen. Kysela - wird abgelehnt, weil es doch nicht eine Sache des Wiener Vorstandes, sondern des Reichs-Parteivorstandes sein müsse. Gen. Scharf - angenommen, mit der Bestimmung, dass im Falle Verhinderung durch Erkrankung an seiner Stelle Gen. Waldbrunner in das Ehrengericht eintreten soll. Gen. Krones - es wird eingewendet, dass sie eine harte Richterin sei und dass ferner eine Befangenheit wegen der Kritik zu der Artikel-Serie vorliegen könne. Gen. Afritsch lehnt ab, weil Gen. Dr. Scheffenegger ihnzweimal in seinem Prozess vertreten habe, sodass hier Befangenheit angenommen werden könnte. Gen. Scharf - angenommen.

### IV. Sekretariats-Berichte.

Gen. Scharf legt ein Protokoll über die Umbildung des Leitungsausschusses vor, welches genehmigt wird.

1101/45  
V

13

Vizebürgermeister PAUL SPEISER  
Amtsführender Stadtrat  
der Verwaltungsgruppe IX — Städtische Unternehmungen

bf

Wien am 4. September 1945.  
I. Neues Rathaus

IX/667/45

Zensur!

An das

Wiener Sekretariat der S.P.Ö.,

W i e n I.,  
Löwelstraße 18.

Eingegangen  
6. SEP. 1945  
Erledigt

Ich bringe Ihnen folgende Mitteilung der "Gewista",  
Gemeinde Wien - städtische Ankündigungsunternehmung, zur  
Kenntnis:

" Heute vormittags (1.9.1945) wurde ich durch den  
russischen Ortskommandanten von Hernals, Herrn Major Kishin,  
dem russischen Oberst Herrn Bjerewin in der Stadtkommandan-  
tur (Stadtschulratsgebäude) vorgestellt.

Von diesem Herrn erhielt ich nachstehenden Auftrag:

Sämtliche zum öffentlichen Aushang an den Objekten  
der "Gewista" bestimmten Plakate, gleichgiltig welchen  
Inhaltes, darunter auch die Kundmachungen des Herrn Bürger-  
meisters oder vom Magistrat der Stadt Wien, ebenso auch die  
Affichen der drei politischen Parteien, müssen vorerst der  
Zensurbehörde im Hotel IMPERIAL, Wien I., Kärntnerring 16,  
Zimmer Nr.204, vorgelegt werden. Dieses mit der Unter-  
schrift bewilligte Plakat ist sodann der "Gewista" zu über-  
geben, die ihrerseits um die Genehmigung zum Anschlag, in  
der Stadtkommandatur anzusuchen hat. Sind diese beiden  
Zustimmungen gegeben, erst dann kann die Plakatierung vor-  
genommen werden. Im Falle einer Umgehung dieses Auftrages,  
habe ich mit gerichtlicher Bestrafung zu rechnen."

Der amtsführende Stadtrat für die  
städtischen Unternehmungen:

J. R.

*[Handwritten signature]*  
u. R.

An die  
Abteilung für  
Propaganda  
z.Hd. Gen. Scharf

im H a u s e  
=====